

1889.

Δ Berlin, 17. Dezember. In der jüngsten Phase der Bergarbeiter-Bewegung ist von einer über den gegebenen Fall weit hinausreichenden, grundsätzlich außerordentlich hohen Bedeutung das Eingreifen des Kaisers. Durch den Befehl an den rheinischen Oberpräsidenten, die Deputirten der Arbeiter zu empfangen, greift der Kaiser zum zweiten Male mit einer konkreten Willensgeltendmachung in die Bewegung der Bergarbeiter ein. Zum ersten Male war dies in der Ansprache an die Arbeitgeber in Berlin geschehen. Der damals vom Kaiser ausgesprochene Wille ist leider nicht erfüllt worden. Eben um dieses Umstandes willen verdient das zweimalige Eingreifen des kaiserlichen Ansehens erhöhte Bedeutung und muß dem Ausgange eine noch größere Wichtigkeit beigemessen werden. Für die Beurtheilung der weiteren Entwicklung ist nun Folgendes festzuhalten. Die Arbeiter haben die Waffen niedergelegt in dem Vertrauen, daß der energische Schritt des Kaisers ihnen den Schutz des Staates sichere, und wohl auch, daß er die Arbeitgeber zum Entgegenkommen bestimme. Den Arbeitern dieses Vertrauen ein zweites Mal zu verschaffen, ist begreiflicherweise ziemlich schwer gewesen. Welchen Verlauf werden die Dinge nunmehr nehmen? Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit vorher-sagen. In welcher Richtung ihr Verlauf jedoch bringend zu wünschen ist, braucht kaum noch ausdrücklich dargelegt zu werden. Die Entwicklung ist nicht bloß im gegebenen Falle von sehr großer unmittelbarer Tragweite. Es handelt sich auch um das Ansehen der engagirten Krone, zumal wenn man, im Sinne der Wendung vom „sozialen Königthum“, nicht bloß den Monarchen individuell, sondern die Monarchie herfürlich engagirt glaubt. Es hat sein unverkennbares Bedenken, an Stelle des „verfassungsmäßigen Königthums“ durch eine Erweiterung der Aufgaben, welche die Verfassung dem Königthum stellt, ein „soziales Königthum“ zu konstruiren. Nachdem sich die Krone einmal in einem der sozialen Kämpfe unserer Tage bestimmt und mit Einsatz einer großen Energie engagirt hat, erforderte das monarchische Interesse dringend, daß die durch das königliche Wort hervorgerufenen Erwartungen erfüllt werden. — — An dem in St. Gallen gefassten und jüngst in manchen Versammlungen erneuerten Beschlusse der Sozialdemokratie, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien sich der Abstimmung zu enthalten, übte ein Zentrumsführer dieser Tage in einem im Foyer des Reichstags geführten Gespräch eine scharfe Kritik. Dieser Abgeordnete äußerte nämlich einem sozialdemokratischen Kollegen gegenüber: „Wenn die Sozialdemokraten nicht den Freisinn und das Zentrum unterstützen wollen, dann sind sie nicht Politiker, sondern Esel.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete widersprach dem Urtheile nicht, was sich aus seiner politischen Stellung allerdings begreift. Es war dies derselbe sozialdemokratische Abgeordnete, welcher bei der Nachwahl in Hierlohn, noch nach dem St. Gallener Kongresse, seinen Parteigenossen den Rath ertheilte, für Herrn Rängerhaus zu stimmen. Auch in Berlin äußerte unlängst ein sozialer Führer, daß bei dem St. Gallener Beschlusse der Blick rückwärts gerichtet gewesen sei. In diesem Sinne sei die den Freisinnigen ertheilte „Sektion“ verdient gewesen, dagegen habe Karl Marx den grundsätzlichen Standpunkt schon 1847 dahin bezeichnet, daß die Sozialdemokratie jede demokratische Bewegung unterstützen müsse, weil nur durch die Demoa-

tratie die Arbeiterklasse die politische Macht in ihre Hand bekommen könne. (Daß in den Stichwahlen auch künftig die Sozialdemokratie für die Nicht-Kandidaten stimmen werde, haben wir nie bezweifelt.) — Es ist wohl nur die, erfahrungsmäßig vor dem Weihnachtsfest eintretende politische Ebbe, welche ein Blatt auf den Gedanken gebracht hat, die „Doktorfrage“ zu erörtern, ob die Legislaturperiode des Reichstags vom Tage der Wahlen oder vom Tage des Zusammentritts zur ersten Session zu datiren sei. In Wirklichkeit ist dies weder eine Doktor- noch irgend eine andere „Frage“. Der Wahltag ist der Geburtstag der Volksvertretung, und die Wiederkehr desselben Tages nach drei Jahren (in Zukunft nach fünf Jahren) ist hiernach auch ihr natürlicher Todestag. Es kann gar keine Rede davon sein, daß der jetzige Reichstag, zu welchem am 21. Februar 1887 gewählt worden war, über diesen Termin hinaus zusammengehalten werden könnte. Hätte bei der Beratung der Reichsverfassung irgend welche Unklarheit darüber bestanden, wie der Begriff der Legislaturperiode zeitlich zu bestimmen sei, so wäre es ein kleines gewesen, ausdrücklich zu sagen, daß vom Wahltag an zu rechnen ist. Indessen man hat das unterlassen, weil das Selbstverständliche nicht erst gesagt zu werden braucht. Schon im Beginn dieses Jahrzehnts ist der Reichstag einmal bis dicht an die Grenze seiner Lebensdauer gerückt, aber er hat damals so wenig, wie es jetzt geschehen wird und darf, diese Grenze auch nur um einen Tag überschritten. Beiläufig bemerkt, besteht über den Termin der Neuwahlen noch keine Sicherheit. Die Regierung selbst hat in dieser Hinsicht offenbar bisher keine Entscheidung getroffen.

Berlin, 17. Dezember. Dem Magistrat ist auf die Geburtstags-Glückwünsche-Adresse an die Kaiserin Friedrich folgendes allerhöchste Antwortschreiben zugegangen: „In treuer Anhänglichkeit und mit Worten des Glückwunsches hat der Magistrat von Berlin auch in diesem Jahre Meines Geburtstages gedacht, den Ich in weiter Ferne erlebte, nachdem es mir vergönnt gewesen ist, Meine Tochter, Prinzessin Sophie, dem geliebten Gatten, dem Kronprinzen von Griechenland, zuzuführen. Die Theilnahme, welche Mir bei Gelegenheit dieses frohen Familien-Geburtstages bewiesen worden ist, hat Meinem schwergeprüften Herzen unendlich wohlgethan und hierfür gerade dem Magistrat Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin danken zu können, ist für Mich eine Pflicht, die Ich gern erfülle.“

Neapel, den 6. Dezember 1889.

gez. Victoria
Kaiserin und Königin Friedrich.“

Saarbrücken, 17. Dez. Der Berghauptmann Brassert hat, wie gestern Abend bereits telegraphisch kurz gemeldet, an die Berginspektionen 1 bis 10 einen Erlaß gerichtet, welcher wörtlich wie folgt lautet:

„Im Anschluß an meine Anweisung vom 14. d. Mts. und im Verfolg der Eröffnungen, welche ich an die von dem Herrn Oberpräsidenten am 13. d. Mts. empfangene Deputation gerichtet habe, ist Nachstehendes zur Kenntniß der Belegschaft zu bringen: 1. Nachdem seit Mai d. J. eine Grabung der Schichtzeit stattgefunden hat, so daß für die unter Tage beschäftigten Bergleute auf keiner Grube gegenwärtig die Schichtzeit vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt länger als neun Stunden dauert, auf verschiedenen Gruben sogar noch kürzer ist, wird die verkürzte Schichtdauer in die Arbeits-

ordnung aufgenommen werden und zwar in der Weise, daß die Schicht in der Grube ausschließlich der für Einfahrt und Ausfahrt der Gesamtbelegschaft erforderlichen Zeit nicht länger als 8 Stunden dauern soll. 2. Die gegenwärtig verdienten Löhne sind nach dem eigenen Anerkenntnis der Bergleute im Allgemeinen ausreichend. Soweit in einzelnen Fällen die erfolgte Gedingestellung einen auskömmlichen Arbeitsverdienst nicht ermöglichen sollte, wird eine entsprechende Aufbesserung erfolgen. Dagegen ist eine vollständige Gleichstellung der Löhne der einzelnen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Leistungen derselben selbstverständlich unausführbar, wie dies bereits der Deputation am 13. d. Mts. ausdrücklich eröffnet worden ist. Ich spreche hiernach die bestimmte Erwartung aus, daß diejenigen Bergleute, welche die Arbeit nicht niedergelegt haben, und welche auch gegenwärtig die weit überwiegende Mehrheit bilden, sich auch ferner zu einem solchen Schritte nicht werden hinreißen lassen. An die austretenden Bergleute richte ich dagegen in ihrem eigenen Interesse die erste Mahnung und Aufforderung, ohne Verzug die Arbeit wieder aufzunehmen. Zugleich weise ich auf die von den Polizeibehörden veröffentlichte Bekanntmachung hin, nach welcher die öffentliche Auforderung zur Niederlegung der Arbeit ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist nach § 110 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren geahndet wird.“

— Heute waren die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr zu einer Sitzung versammelt.

— Wie vor Kurzem die Vollzugs-Kommission für den Zollanschluß von Hamburg, so hat neuerdings auch diejenige für Bremen dem Bundesrathe ihren Schlußbericht erstattet. Derselbe beschäftigt sich, wie der Hamburger, vornehmlich mit der Ausführung der Nachversteuerung. Die Oberleitung über die letztere hat die Kommission nicht nur in Bremen, sondern auch in den dem Zollgebiete angeschlossenen, Bremerhafen benachbarten preussischen Gebietstheilen in der Hand gehabt. Die Zahl der Nachsteuer-Deklarationen belief sich nach dem Berichte in den bremischen Gebietstheilen auf 16 439, in den preussischen auf 449; unter der ersteren befanden sich 6030, unter den letzteren 174, auf Grund deren eine Nachsteuer zu erheben war. Der Brutto-Sollbetrag der Nachsteuer stellte sich für die bremischen Gebietstheile auf 5 184 374,25 M., für die preussischen auf 115 074,96 M. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen nach dem Stande von 1885 dort 35,58 M., hier 22,67 M. Für Hamburg hatte sich dasselbe Verhältnis auf 14,95 M. und für Altona auf 11,21 M. gestellt. Die Vollzugskommission für den Zollanschluß von Bremen, die seit 1887 in Thätigkeit war, hat mit diesem Berichte ihre Wirksamkeit abgeschlossen.

— Wie schon gemeldet worden ist, haben die wirtschaftlichen Vereine, welche eine Kommission nach England zur Untersuchung der dortigen Arbeiterverhältnisse abgeschickt hatten, in ihrer am Freitag in Berlin abgehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt, eine Kommission einzusetzen, welche die praktische Verwerthung des gewonnenen Materials vorbereiten und so halb als möglich Vorschläge nach dieser Richtung machen soll. Wie Berliner Zeitungen hören, sind folgende Persönlichkeiten in diese Kommission delegirt:

Seitens des Zentralverbandes Deutscher Industrieller die Herren Geheimer Kommerzienrath Schwarzkopf, Kommerzienrath Hagler, Ge-

heimer Kommerzienrath Langen, Kommerzienrath Dr. Weßky, Fabrikbesitzer Dietel und Geheimer Kommerzienrath Dr. Fischer; seitens des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe die Herren Generalkonsul Ruffel, Geheimer Kommerzienrath Simon und Geheimer Kommerzienrath Richter; seitens des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen die Herren Kommerzienrath Dr. Jansen, Fabrikbesitzer Möller und Fabrikbesitzer Coran; seitens des Vereins zur Wahrung der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Herren Dr. Hammacher, Bergassessor Krabber und Generaldirektor Kirdorf, und seitens der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Herren Geheimer Finanzrath Jende, Direktor Servaes und Direktor Brauns.

— Aus Mecklenburg-Schwerin, 15. Dezember, wird der „Voss. Zig.“ geschrieben: Das vorläufige Scheitern der Regierungsvorlage in Betreff der Verstaatlichung der Eisenbahnen des Landes hat eine ganz ungewöhnliche Aufregung hervorgerufen, welche soweit geht, daß heute der Vorsitzende der Landtagsversammlung, Graf v. Bernstorff-Weimendorf, „als ältester Landrath“ in den „Medl. Nachr.“, unserem einzigen größeren konservativen Blatt, gegen eine von denselben gebrachte abfällige Beurtheilung des Landtagsbeschlusses in die Schranken tritt und eine Verwahrung veröffentlicht, welche mit folgenden Worten schließt: „Eine solche Beurtheilung... ist nicht geeignet, eine ehrenwerthe Stellung und Geisteshaltung der Träger der öffentlichen Gewalt im Lande zu fördern, und ich protestire dagegen, im Namen meines Fürsten und Herrn und im eigenen ständischen Namen. Die Krone ist implizite in der Form mit angegriffen“. Durch den Zwiespalt, welchen die Frage zwischen der Regierung und den Ständen herbeigeführt hat, wird voraussichtlich der von der nochmaligen Vorlage von der Regierung erhoffte Sieg wesentlich erschwert werden. Die Regierung beruft sich für ihren Plan auf das Beispiel anderer Staaten, wo die Zusammenfassung der Eisenbahnen in der Hand des Staates wirtschaftlich und finanziell vortheilhaft gewirkt hat. Sie läßt dabei nur außer Acht, daß Mecklenburg nicht ein Staat wie andere ist und in seiner Finanzverwaltung wesentlich von den Einrichtungen anderer Staaten abweicht. Ueberall besteht anderswo eine einheitliche Staatskasse und neben derselben eine das ganze Land umfassende Vertretung, welche bei der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben entscheidend mitwirkt und eine Ueberwachung der Verwaltung übt. In unserem Lande aber hat in erster Linie der Großherzog die Kosten des „Landesregiments“ aus seinen der ständischen Einwirkung gänzlich entzogenen Mitteln, namentlich aus seinen Domänenrenten zu decken und nur ausüßlich tritt die aus den Landessteuern ihre Einnahme empfangende sogenannte Allgem. Landes-Regierung hinzu. Nach dem eingebrachten Verstaatlichungsplan aber will die landesgerichtliche Kasse sich dem Unternehmen ganz fern halten und ausschließlich sollen für dasselbe die Steuerzahler aufkommen. Die von der Steuerkasse zu übernehmende, aus der Verstaatlichung der Bahnen erwachsende Rausschuld beträgt rund 39 Millionen Mark, wobei die bis zum Jahre 1936 an die Friedrich-Franz-Eisenbahn zu zahlende Annuität von 960 000 Mark und die für den Ankauf der einstweilen noch ausgeschlossenen Privatbahnen später als Rausschuld hinzutretenden großen Summen noch nicht mitgerechnet sind. Wenn bei dieser Schläge die Stände Bedenken haben, auf den Antrag der Regierung einzugehen, so hat dies wesentlich in Erwägungen seinen Grund, welche zu unserer Landesverfassung in enger Beziehung stehen. Die Frage, ob Staats- oder Privatbahnen den Vorzug verdienen, konnte dabei noch gar nicht in Betracht gezogen werden. Daß übrigens nicht alle Freunde der Regierungsvorlage sich dabei vorbehaltend von der Rückficht auf das Landeswohl leiten lassen, liegt auf der Hand. Auch persönliche und örtliche Vortheile, die bei dem Uebergang der Bahnlirien in die Hand der Regierung in Aussicht stehen, spielen dabei eine ziemlich durchsichtige Rolle.

— Braunschweig, 16. Dezember. Die hiesige nationalliberale Partei wird demnächst eine Versammlung einberufen, zu welcher insbesondere die Innungen und Handwerker, sowie „alle zwischen den

Der Untergang aller freilebenden Thiere.

Von Dr. Karl Ruß.

(Nachdruck verboten.)

Die Leser wollen nicht fürchten, daß ich in sentimental oder schwärmerischen Betrachtungen ein Klageklage über die Hartherzigkeit des Menschen anzustimmen und so unter dem Symbol des in Thränenfluthen gebadeten Schoßhündchens die Herzen zu rühren gedenke. Mitleid ist ja entschieden eine der rühmstwerthesten Eigenthümlichkeiten des Genus homo und insbesondere eine Perle im Tugendkranz der Frauenwelt; aber unsere Zeitrichtung, die doch einmal durchaus und in jeder Hinsicht auf das Praktische hinausgeht, sich trotz aller poetischen Auffassung — an der wir ja wirklich keinen Mangel leiden — doch stets vorzugsweise dem Thatsächlichen zuwendet, duldet die bloße sentimentale Schwärmerei eben nirgends mehr, nicht einmal auf den eigentlichen Gebieten der Milbherzigkeit, denen der menschlichen und thierischen Armenpflege.

Man hat es eingesehen und beherzigt, daß die Unterstützung des Armen durch Gaben — und seien sie noch so reich — allein ihm nimmermehr wahre Hilfe gewähren kann, sondern oft genug sein Leid nur vergrößert; daß dagegen ersprißliche Armenpflege lediglich in der Zuweisung von Arbeit und Erwerb, selbst der schwächsten Kraft entsprechend, gefunden werden kann. Gleichweise auch der Thierschutz; nicht mehr die bloße Milbherzigkeit und des Mitleids mit den Thieren, sondern ungleich gewichtiger die Rücksicht auf ihren Werth und Nutzen für den Menschen kommen in Betracht und müssen für ihre Schonung, Pflege und Hegung maßgebend sein.

Auf den ersten Blick mag dieser Grundsatz allerdings nur zu sehr prosaisch erscheinen; eingehende Betrachtung wird ihn aber in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen.

Der Besitzer eines werthvollen Hausthieres, gleichviel welcher Art, wird dasselbe von vornherein gewissenhaft hüten und sorgsam verpflegen; er ist also, wenn auch keineswegs im idealen, so doch um so mehr im praktischen Sinne entschieden der thätigste Beschützer desselben.

Betrachten wir lediglich von diesem Gesichtspunkt aus das uns nahrungsgewende freie Thierleben, so machen wir eine Wahrnehmung, die jeden Natur- und Thierfreund eigenthümlich berühren muß: wir dürfen es ziemlich unverhohlen aussprechen, daß es bei uns in Europa — und über kurz oder lang wohl in der ganzen Welt überhaupt — keine freilebenden Thiere mehr giebt und geben kann. Wer diese Behauptung für unrichtig anfieht oder auch nur für übertrieben hält, möge zu einer kurzen Rundschau eingeladen sein.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß mit der immer mehr vorwärts schreitenden Kultur eine beträchtliche Anzahl von Thieren aus Europa im Allgemeinen und aus unserem deutschen Vater-

lande im Besonderen verschwunden sind; blicken wir ohne Bedauern auf die Ausrottung der argen Räuber, Bär, Luchs, Wolf u. A., so werden wir solchen darüber doch nicht unterdrücken können, daß gar mancherlei Thiere, die dem Menschen nützlich oder angenehm sich zeigen, in vielen Gegenden bereits verschwunden sind und in anderen nur noch künstlich erhalten werden können. Die früher in Deutschland recht zahlreichen Biber sind kaum noch in einzelnen Köpfen vorhanden, gleichweise wird in Rußland im Bialowitzer Walde eine kleine Schar von Auerochsen nur durch Hegung vor dem Untergange bewahrt und auf den Felsen von Gibraltar ein kleiner Schwarm Affen; aber auch der Steinbock und selbst die Gemse, ja weiter das Wildschwein, Roth- und Damhirsch wie das Reh und der Gase, Auer-, Birk- und Haselhuhn wie das Rebhuhn und erst recht alle Sing- und Schmudvögel — sie sämmtlich ohne Ausnahme müßten in verhältnismäßig kurzer Zeit der Ausrottung anheimfallen, wenn sie nicht geschont, gehegt, geschützt würden; ja selbst die Raubthiere wie Fuchs, Fischotter, Marder, Iltis u. a. erfreuen sich mindestens einer bedingungsweisen Schonung, denn die meisten Jäger verfolgen sie doch nur dann, wenn ihre Felle zur Bearbeitung von Pelzwerk tauglich sind. So ist also in unserer Zeit der schlimme Feind der Thiere, der Schütz, Jäger, Waidmann, zum Heger, Wald- und Thierwart, also zum Erhalter der Jagdthiere, geworden — und klar genug liegt damit die Richtigkeit der Behauptung vor uns, daß es also eigentlich freilebende Thiere gar nicht mehr giebt.

Von dem Augenblick an aber, daß wir dies als Wahrheit anerkennen, müssen wir auch daran denken, daß der Mensch seinen Genossen aus der Thierwelt gegenüber nicht bloß Rechte, sondern auch erste Pflichten hat. Niemand wird es bestritten wollen, daß der Mensch das Recht hat, alle ihn umgebenden Thiere, soweit er es vermag, in seinen Gebrauch zu ziehen; er darf sich ihrer bedienen, wie er will und kann, nur eine Rücksicht soll er gelten lassen, welche in dem Wort des Weisen: „Das Thier gehört Dir, Du darfst von seinem Fleisch Dich nähren, mit seiner Haut Dich kleiden und seine Kraft zu Deiner Arbeit brauchen, Du darfst es tödten zu Deinem Nutzen, es halten zur Arbeit und selbst zum Vergnügen — doch nimmer gehört Dir des Thieres Schmerz und Pein, und wenn Du es quälst, sei es aus Unverstand oder Muthwillen, so würdigst Du Dich herab unter das Thier selber.“ Der warmfühlende und verständig denkende Mensch wird aber auch eine andere ernste Pflicht der Thierwelt gegenüber nicht außer Augen setzen, die nämlich, ihm schädliche Thiere, soweit es möglich ist, ohne Grausamkeit zu bekämpfen und allen gleichgiltigen gegenüber das Recht des Daseins anzuerkennen und zu achten. Thierverfolgung und Thiertödtung lediglich zum Vergnügen ist immer eine Rohheit, die nicht mehr für unsere Zeit paßt; die Parforce-

jagden, das neuerdings wieder aufgefrischte Taubenschießen und dergleichen Ueberbleibsel aus dunkler Vorzeit sollten gebilbete Leute doch als ihrer unwürdig ansehen. Eine Herzensrothheit liegt sodann darin, wenn man Schlingen oder Fallen irgend welcher Art so stellt, daß die gefangenen Thiere nicht rechtzeitig ausgelöst und schnell getödtet werden, sondern daß sie langsam, wohl gar mit zerbrochenen Gliedern umkommen müssen. Wiederum eine Rohheit lassen sich, größtentheils wohl unbewußt oder gedankenlos, auch Leute zu Schulden kommen, an deren Wohlwollen und selbst Gutherzigkeit man nicht zweifeln darf. Ueberall auf Wegen und auf Stegen wird jeder Wurm zertreten, jedes Kerbthier heruntergeschlagen, jede Eidechse, Blindschleiche, um wie viel mehr jede Schlange unnachlässiglich umgebracht, ohne daß man weiß, ob alle diese Thiere wirklich schädlich, ob sie nicht vielmehr ganz harmlos, ja ob sie nicht im hohen Maße nützlich sind.

Man sollte es durchaus vermeiden, vor den Augen kleiner und selbst größerer Kinder ein Thier zu tödten, denn entweder gräbt sich das abschreckende Bild der blutigen, zuckenden Leiche tief in das zarte Gemüth oder noch schlimmer, die Kinder, namentlich kleine Buben, finden gar bald Vergnügen an den Todesqualen und freuen sich über solche „komische“ Gebärden. Selbst eine umsichtige Mutter denkt wohl kaum daran, welche schwere Verantwortung sie sich aufbürdet, wenn sie es geschehen läßt, daß ihre Kleinen in der Küche dem Schlachten der Hühner, dem Entschuppen der Fische und dergleichen zuschauen dürfen. Abgesehen aber von allen solchen wirklich schweren Sünden gegen eine gute, harmonische Erziehung, lege ich schon, und ich glaube mit voller Berechtigung, Gewicht darauf, daß man das vorhin erwähnte gedankenlose Tödten von Thieren rings um uns her seitens der Jugend oder vielmehr von Seiten eines jeden Kenntnißlosen nicht dulde.

Es ist ja thatsächlich richtig, daß unsere Nussgewächse, unsere unentbehrlichen Nahrungsmittel, ja, selbst Gesundheit und Leben von der allerkleinsten Welt der Kerbthiere oder Insekten in arger Weise bedroht werden, so daß wir zur Nothwehr gezwungen sind und einen gar harten Kampf gegen diese unsere winzigen und doch furchtbaren Feinde bestehen müssen. Nichts ist nun aber schlimmer, als wenn von dem Gesichtspunkt dieses Kampfes aus alle Welt gegen die Thiere wüthet, wenn der harmlose Spaziergänger auf Weg und Steg, in Feld und Wald jörmlich fanatisch um sich haut, mit Erbitterung jeden Schmetterling herabschlägt, jeden Käfer zerquetscht und jede Schnecke zermalmt — und wenn dann sogar die Jugend zu solcher Thiervernichtung aufgehetzt wird, so daß sie dieselbe mit Eifer und Vergnügen betreibt. Da kann man dann wirklich nur mit herzlichem Bedauern einsehen, daß der schrecklichste der Schrecken in der That der Mensch in seinem Wahn ist.

Parteien stehenden besonnenen Männer" bereits jetzt öffentlich eingeladen worden sind. Der Versammlungstag ist noch nicht bestimmt.

— **Hannover, 16. Dezember.** Die hiesige konservative Partei hat heute eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie sich an das von der Gesamtleitung der deutsch-konservativen Partei in Berlin mit der nationalliberalen Partei vereinbarte Kartell so lange gebunden hält, als dasselbe von nationalliberaler Seite gewissenhaft gehalten wird, insonderheit auch gegenüber den Herren v. Hammerstein, Stöcker, Kleff, Hegow und anderen auf dem rechten Flügel der konservativen Partei stehenden Mitgliedern derselben. Demgemäß steht die konservative Partei in Hannover sich nicht in der Lage, das ihr von dem Vorstande des hier bestehenden „Deutsch-sozialen Wahlvereins“ für die bevorstehenden Wahlen angebotene Wahlkompromiß anzunehmen und dasselbe wird damit abgelehnt. — Zum Verständnis des letzten Satzes sei bemerkt, daß der bekannte Antisemit Liebermann von Sonnenberg hier zwei Vorträge gehalten hat, welche die Absicht hatten, die hiesigen Konservativen und Nationalliberalen, auch selbst die Welsen, zu einem Wahlbündnis im antisemitischen Sinne zu vereinen. Der Redner versuchte zu beweisen, daß nur durch eine solche Vereinigung dem Weiterverdrängen der Sozialdemokratie und dem Ueberwuchern des Judenthums entgegengetreten werden könnte. Es gebe jetzt in Wirklichkeit nur zwei Parteien, die goldene Internationale im Bunde mit der Sozialdemokratie, während die andere auf natürlichem Boden stünde. In dieser sich jetzt bildenden neuen Partei werde der Antisemitismus das Bindemittel sein. Wenn bei den Wahlen eine derartige Verbindung nicht zu Stande käme, so müsse die deutsch-soziale (d. h. antisemitische) Partei einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Griechenland.

* Die Stimmung in Athen hat in Folge der neuesten Vorgänge auf Kreta einen bedenklichen Charakter angenommen. Straßen-Demonstrationen, wilde Szenen in der Deputiertenkammer, antidynastische Propaganda und Abdrückungsgerüchte hinsichtlich des Königs stellen den Inhalt des öffentlichen Lebens in Athen dar. Dazu scheint die Staats- und Polizeigewalt im ganzen Lande nahezu machtlos. Die Berichte über Mordthaten, Straßenkämpfe feindlicher Parteien, Mordtaten der Schüler und Studenten unter einander, ferner über Räuberwesen, Diebstähle und Betrügereien größeren Umfangs nehmen täglich in den Zeitungen Athens größeren Raum in Anspruch. In der Kammer wird die Regierung täglich wegen dieser Unthaten interpelliert; doch konnten bisher noch keinerlei durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Am vorigen Sonnabend aber brach der Sturm in der Kammer los. Seit drei Wochen debattirte man daselbst die Finanzvorlagen der Regierung, während die Opposition die Behandlung der kretensischen Frage immer von Neuem forderte. In jenem Tage waren die Einzelheiten des Firmans von Kreta bekannt geworden, doch verschob die Regierung die Beantwortung der darauf bezüglichen Interpellation, und der Ministerpräsident setzte die Darlegung seiner Finanzprojekte fort. Bald aber wurde er von dem Lärm der Opposition unterbrochen; die weiteren Versuche des Präsidenten, sowie des Herrn Trikups, sich Gehör zu verschaffen, blieben erfolglos. Einstimmig schrien die Mitglieder der Opposition, der Ministerpräsident solle die Rednerbühne verlassen und die Finanzdebatten beenden. Trikups aber stand unbeweglich und sagte dem Präsidenten, er solle auf keinen Fall die Sitzung schließen. Die Deputierten der Opposition aber stürzten nun vor, um den Chef der Regierung mit Gewalt von der Tribüne zu drängen. Die Freunde desselben stellten sich zu seinem Schutze zu beiden Seiten der Tribüne auf und brängten die Angreifer zurück. Es

Die Vernichtung lebender Thiere sollte keinesfalls eine Aufgabe Unberufener sein, denn die bei weitem größte Mehrzahl aller freilebenden Thiere steht uns doch in einem ganz eigenthümlichen Verhältnisse gegenüber, welches sich einfach mit dem Hinweis kennzeichnen läßt, daß über den Schaden oder Nutzen selbst uns nicht umgebender, gemeiner Thiere noch überaus weit von einander abweichende Meinungen herrschen, so daß nicht bloß zwischen Laien untereinander, sondern auch zwischen den Gelehrten gar häufiger Meinungsstreit tobt; so z. B. über Sperling, Amsel, Gimpel, Mauerwerk u. a. m. Und noch viel schlimmer kommen diese Verhältnisse den Thieren gegenüber in Betracht, bei denen die geschätzte Verfolgungswuth nur in anerkanntem Widerwillen, also lediglich auf Vorurtheil beruht, wie bei Kröte, Blindgöckchen, Ratter u. a. m.

Von vornherein mangelt uns da also das moralische Recht, jedes derartige Thier ohne weiteres zu tödten; wir können damit vielmehr ein schweres Unrecht nicht allein gegen die Thierwelt beziehungsweise den Naturhaushalt, sondern namentlich gegen uns selbst begehen. Um dies darzuthun, werden einige Beispiele genügen. Ein Käfer läuft über den Weg und der Spaziergänger tritt ihn tödt — es ist aber ein sog. Puppenräuber (Calosoma sycophanta), der sich von Raupen und anderen Insektenlarven, Regenwürmern, Schnecken ernährt. In der Luft schwebende Fliegen oder Mücken schlägt Jemand mit dem Schirm herab und tötet sich darin, dies recht kunstfertig auszuführen; es sind aber Schlupfwespen oder Ichneumoniden, die dadurch außerordentlich wichtig werden, daß sie ihre Eier in die Larven und Puppen der unsrer Obst oder Getreide verderbenden Kerbtiere bohren und diese dadurch vernichten. Einige auf den Blättern des Rosenstrauchs umherlaufende häßliche Geschöpfe, welche der Blumenfreund für üble Würmer ansieht, zerdrückt er eifrig mit den Fingern — es sind aber die sog. Blattläuse, die Larven der Florfliegen (Chrysopa vulgaris), welche seine Rosen von jenen widerwärtigen Schmarozern befreit haben würden. Aus diesen und noch unzähligen anderen alltäglichen, uns allenthalben auf Schritt und Tritt begegnenden Beispielen erhellt unabweislich einerseits, daß nicht Jedermann die Berechtigung dazu hat, freilebende Thiere ohne weiteres zu tödten, und andererseits, wie nothwendig es ist, daß eine gründliche Kenntniß der uns zunächst umgebenden Thiere in allen Bevölkerungsschichten verbreitet werde.

Aus Unverständnis, Unkenntniß, Muthwillen oder wohl gar aus Habguth willt der Mensch ja leider nur zu oft in wahrhaft unmenschlicher Weise gegen seine Mitgeschöpfe; ich will in dieser Hinsicht nur auf wenige der allerhöchsten Beispiele hinweisen. Sei es aus Habguth oder in unbändiger Jagdlust, genug, die Engländer üben gegen die Thiere in fernen Welt-

folgte nun ein wüthes Handgemenge, in welchem die Deputierten mit Häufen und Stöcken einander bearbeiteten. Nur Trikups stand in der Mitte unbeweglich und ebenso ihm gegenüber der Führer der Opposition Delganniss. Erst nach einem 1/4stündigen Ringen wurden die Wühler durch das persönliche Eingreifen der Minister Theotokis und Dragumis, sowie des Abgeordneten Kalli auseinander gebracht. Da endlich schloß der Vorsitzende die Sitzung, und unter dem beäufenden Triumphgeschrei der Opposition verließ der Ministerpräsident die Rednerbühne. — In der nächsten Sitzung am Montag beeilte sich Trikups, die Finanzdebatte zu Ende zu führen, und bei der Abstimmung hatte er auf seiner Seite noch 78 Stimmen, gegen 59 Stimmen der Opposition. Die letztere zählte bei Eröffnung der Session nur 80 Stimmen. Hierauf aber begann die Debatte über Kreta. Die oppositionellen Blätter ergehen sich in den leidenschaftlichsten Artikeln gegen die Regierung, und bei der wachsenden Erregung der Bevölkerung ist es nicht vorauszufragen, ob die Majorität der Kammer noch einige Tage aushalten wird. Zugleich aber richtet sich die Agitation gegen den König, von dem man immer lauter eine offene Stellungnahme fordert.

Der Elberfelder Sozialistenprozess.

Elberfeld, 13. Dezember. Ueber die Organisation in Berlin berichtet Polizeimeister Weisner, daß eine solche seines Wissens in Berlin nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes gegründet sei, die sich streng nach der amtlichen Wahlkreiseinteilung richte. Die verschiedenen Wahlkreise entsendeten je einen Vertreter, welche zusammen das Zentralkomite bilden. Das Zentralkomite übernehme die Agitation, Verbreitung von Flugchriften, Regelung der Prozeß- und überhaupt der Parteiangelegenheiten. Jeder Wahlkreis sei in sieben bis acht Hauptmannschaften eingetheilt, denen wiederum Vertrauensmänner und diesen Hilfsmänner unterstellt sind, welche im gegebenen Falle die Verbreitung von Flugblättern in bestimmten Bezirken zu besorgen hätten. Zeuge hat seine Wahrnehmungen aus seiner zwölfjährigen Amtstätigkeit als politischer Polizeibeamter; er ist der Ueberzeugung, daß in Berlin eine Organisation besteht, und Gerichtserkenntnisse haben das bestätigt. Die von ihm bekannten Thatsachen habe er bei gerichtlichen Prozessen angeführt, und dieselben seien von dem Gerichtshofe als glaubwürdig befunden worden. Von einer Verbindung mit der Fraktion ist dem Zeugen nichts bekannt, dagegen nimmt er an, daß das Zentralkomite mit dem Führer „Sozialdemokrat“ in Verbindung steht. Geldsammlungen zur Unterstützung der Familien Ausgewiesener haben nach den Ausführungen des Zeugen in Berlin gleichfalls stattgefunden, die Korrespondenz werde vielfach mit geheimer Tinte geführt, was aus mehreren beschlagnahmten Briefen sich ergebe. Nach einer gedruckten Abrechnung des Berliner Zentralkomite vom Jahre 1887/88 sind einmal 2000 Mark nach Zürich gesandt. Die Gelder werden durch Sammlungen aufgebracht und an den Kassirer abgeführt, und das Zentralkomite besorgt dann die Abrechnung. Die beschlagnahmte Abrechnung vom Jahre 1887/88 balanzirt in Jahreseinnahme und Ausgabe mit 62 774,20 Mk.; Kassirer und Revisoren sind mit „Namenlos“ unterzeichnet. Zeuge Polizeirath Schardt-Frankfurt a. M. erklärt das Bestehen einer Organisation in Frankfurt a. M. für erwiesen. Auf einem bei Meyer beschlagnahmten Holographen habe sich eine Abrechnung gefunden, nach welchem Frankfurt in zwölf Bezirke eingetheilt sei. Diese Thatsache sei auch bereits im Jahre 1887 in dem Prozesse gegen Blaschke festgestellt. Zeuge Gefangen-Inspizitor Gätgens-Altona, früher Kriminalkommissar daselbst, legt einen Organisationsplan vor, der einem der in dem Geheimbündnis contra Saß und Genossen Verurtheilten in einer von der Polizei aufgelösten Komitetsung abgenommen worden war. Der Plan wurde vorgelesen. Eine darauf befindliche Bleistiftnotiz besagt, Bezirksführer, die ihr Haus nicht reinhalten, würden ab-

theilen eine wirklich unverantwortliche Verfolgung, welche selbst bei ungeheurer Fülle doch zur Ausrottung führen muß. Waservogel in Nordafrika, die sich zu bestimmten Zeiten auf den Gewässern in Schaaren sammeln und, durch die fortwährende Beunruhigung seitens der Schützen scheu gemacht, jede gefährdende Annäherung sorgsam zu vermeiden wissen, werden neuerdings vermittels Schrotkanonen zu vielen Duzenden auf einen Schuß erlegt, und wo früher unermessliche Schwärme sich tumelten, werden bald genug kaum einzelne mehr zu finden sein. Nicht allein gegen die furchtbaren Räuber, wie Löwe, Tiger, Nashorn u. a., sondern auch gegen die Dickhäuter, Elefant, Nashorn, Nilpferd, ferner gegen die dahinjagenden Giraffen, Antilopen, Zebras, Strauße und alle anderen zieht der Nimrod mit immer mehr vervollkommenen Waffen und mit den furchtbaren explosirenden Kugeln zu Felde; er vernichtet sie massenweise, weit über jedes Bedürfnis hinaus, lediglich zum Jagdvergnügen. Sollte man angefaßt derartigen Thuns und Treibens des Herrn und Gebieters der Schöpfung nicht in der That die Zeit nahe genug sehen, in der es auf dem ganzen bewohnten Erdenrund keine wirklich freilebenden, vielmehr nur noch von Menschen gehegte und geschürte, also bloße Hausthiere giebt? Dies ist keine Uebertreibung, sondern es birgt sicherlich mehr Wahrheit, als man annehmen mag. Denn, wohin des Menschen Fuß tritt, bringt er, gleichviel mit oder ohne Absicht, dem freien Thierleben Gefahren, Verfolgung, Vernichtung.

Aderbauer am Vorgebirge der guten Hoffnung hatten, weil sie ihre Nussgewächse gefährdet glaubten, die dort vorkommenden kleinen Prachtfinken oder Amdeln massenhaft vergiftet; bald genug aber sahen sie ein, wie unbedacht und unrecht, ihnen selbst am meisten Schaden bringend ein solches Beginnen war; denn einerseits haben, seitdem die Vögelchen fort sind, dort Insektenplagen gar arg sich eingestellt und andererseits werden jene kleinen Prachtfinken von St. Helena aus (wo sie durch Zufall eingebürgert worden) für gutes Geld in den Handel gebracht und ihre Ausfuhr gewährt einen namhaften Ertrag. Die Amdeln in Australien suchten, nachdem sie die schönen und harmlosen, dort einheimischen Finkenvögel aus Versehen und Vorurtheil mit Waffen oder gar Gift gleichfalls stellenweise ausgerottet oder doch arg verringert hatten, Abhilfe gegen die dann auftretenden Insektenplagen durch Einbürgerung des europäischen Sperlings, und ebenso, von gleichem Gesichtspunkt aus und mehr oder minder aus gleicher Ursache bestrebten sich auch die Aderbauer in Nordamerika, diesen Vogel dorthin einzuführen. Nur zu bald aber mußte man hier wie dort einsehen, welchen Mißgriff man begangen, denn der Spatz zeigte sich bössartig und brachte doppelten Nachtheil; er

gefest werden. Im Uebrigen soll die Organisation so bestanden haben, wie sie in dem Plane vorangezeichnet ist. Kriminalkommissar Fürkenberg-Leipzig bekundet, es bestesse in Leipzig im 12. und 13. Wahlkreis eine Organisation ohne Zweifel, das ergebe sich aus der Art der Verbreitung der Flugblätter. Festgestellt sei das auch in dem Geheimbündnis gegen Franke und Genossen. Bei Auflösung einer von zehn Personen besuchten Versammlung, die sich nachträglich bestimmt als eine Bezirksvorsteher-Versammlung herausgestellt habe, wurden Karten gefunden, die ebenfalls auf eine Organisation schließen ließen. Gleichzeitig wurde eine mit geheimer Tinte geschriebene Anweisung über 480 Mark gefunden. Die Kriminalkommissare Schmitz und Bötsch aus Magdeburg bekunden, daß auch in Magdeburg eine Organisation bestesse, die sich auf zehn Bezirke erstreckte und seit dem Jahre 1884 eine festere Gestalt angenommen habe. Die Organisation habe mit Zürich durch ihren Korrespondenten Schneider Habermann in direktem Verkehr gestanden; Beweise aber, daß sie auch mit der Reichstagsfraktion in Verbindung gestanden hat, haben die Zeugen nicht.

Vermischtes.

† In Wien fand eine Gedenkfeier für Hebbel am Freitag im Magistratssaale statt. Dann wurde eine Gedenktafel mit dem Bildnisse des Dichters an dem in der Liechtensteinstraße befindlichen Sterbehause Hebbels angebracht, welche das Hofburg-Theater akkreditet hat. Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht ein bisher unbekanntes Gedicht Hebbels, das dieser dem ihm befreundeten Wiener Foglar ins Album geschrieben hatte.

Das Gedicht lautet:

Ich legte mich unter den Lindenbaum,
In dem die Nachtigall schlief,
Sie sang mich in den süßesten Traum,
Der währte auch lange genug.
Denn nun ich erwache, nun ist sie fort,
Und weilt bedeckt mich das Laub,
Doch leider noch nicht, wie am dunklen Ort
Berglächse Nische den Staub.

Oktober 1861.

Fr. Hebbel.

Nur zwei Jahre später erfüllte sich schon die schmerzliche Sehnsucht des Dichters, der, erst 50 Jahre alt, starb und noch in frischer schöpferischer Kraft stand.

† Eine theure Rezension. Hr. Burnand, der Redakteur des weltberühmten londoner Wochens „Punch“, der sich als Dichter von Burlesken und Parodien einen Namen gemacht, verstarb vor einiger Zeit das Viretto zu einer dramatischen Kantate, welche am 4. Februar 1889 in London hätte ihre Premiere erleben sollen. Eingetretener Hindernisse halber wurde die Aufführung jedoch bis zum 7. Februar verschoben; gleichwohl brachte ein londoner Blatt, der „Society Herald“, am 5. Februar ein Referat über die nicht stattgehabte Vorstellung, in welcher über die Dichtung Burnands die schonungslosste Kritik geübt wurde. Tags darauf entschuldigte sich die Redaktion des Blattes allerdings wegen des groben Schnitzers, aber Burnand strengte eine Verleumdungsklage gegen den Verleger und Drucker des „Society Herald“ an, die nun in der letzten Woche damit endigte, daß Ersterer eine Schadloshaltungssumme von 150 Pfd. Sterl. (3000 M.), Letzterer eine solche von 50 Pfd. Sterl. an Burnand zahlen muß.

Lokales.

Posen, 18. Dezember.

— u. Diebstahl. Gestern Abend ist bei einem Restaurateur, welcher in dem Hause Wilhelmstraße Nr. 26 wohnhaft ist, ein Einbruchsdiebstahl verübt worden, an welchem offenbar mehrere Personen theilhaft waren. Man hatte durch Herausreißen der Haube aus dem Pforten sich in den verschlossenen Keller Eingang zu verschaffen gesucht und räumte nun in demselben arg auf. Vorzugsweise hatten die Diebe es auf den großen Vorrath von Bierseideln und Gräberbiergläsern, die hier aufbewahrt wurden, abgesehen. Sie entwendeten,

verdrängte die schönen, harmlosen und nützlichen einheimischen Vögel vollends und erwies sich zugleich in Wirklichkeit für die Nussgewächse ungleich schädlicher als jene. Bereits im Jahre 1868, als die Idee, den europäischen Sperling in anderen Welttheilen einzubürgern, aufstach, habe ich im Newyorker „Welttheilischen Journal“ und in den Londoner „The Times“ öffentlich gewarnt und die Gründe dargelegt, welche dagegen sprechen. Nun möchte man in Australien wie in Nordamerika den europäischen Sperling gern wieder entfernen und die ursprünglich einheimischen Vögel hegen und vermehren. So sehen wir also, daß die Idee praktischen Vogelschutzes sich sachgemäß allmählich über alle Welttheile erstrecken muß — während sie sonderbarer Weise hier bei uns neuerdings von einseitigen Leuten verspottet oder wohl gar beföhdet wird.

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht ganz so bedachtlos wie damals am Cap, wird gegenwärtig bei uns von Seiten der Aderwirtschaft gegen freilebende Thiere gewüthet. Um die Feldmäuse zu vertilgen, legt man ebenfalls Gift (meistens Phosphorpillen, aber auch mit Strichniti oder Arsenik vergiftetes Getreide); leider werden mit den schädlichen Nagern zugleich die wirksamsten Bekämpfer derselben umgebracht, denn man findet Krähen, Eulen, Igel, Miesel, Iltis, Füchse u. a. m. vergiftet. Während aber die Mäuse, selbst wenn sie aufs äußerste verringert werden, sich doch in verhältnismäßig kurzer Frist wieder vermehren, sind jene natürlichen Feinde derselben für unendlich lange Zeit, wenn nicht für immer, in dieser Gegend vertilgt und die Gefahr, daß die Mäuseplage wieder einträte und überhand nehme, liegt nahe. Außerdem müssen wir noch daran denken, daß bei derartigen Vergiftungen auch zugleich Rebhühner, Wachteln und allerlei Vögel, ja selbst Hasen und also die wenigen freilebenden Thiere, welche wir auf unseren Fluren überhaupt noch haben, gefährdet werden! Eine solche Thierausrottung macht aber weder dem Menschenherzen Ehre, noch bringt sie wirklich thatsächlichen Vortheil; im Gegentheil, sie kann die ganze freie Natur um uns her unendlich veröden. Die Landwirthe sollten daher aus Rücksicht auf den eigenen Vortheil derartige Mäusevergiftungen durchaus unterlassen, um so mehr, da es ja anderweitige wirksame Mittel zur Befehdung jenes Ungeheuers genug giebt, wenn dieselben freilich auch sämmtlich mühseliger als die Vergiftung sind.

Und die Thierschutzvereine, welche sich erfreulicherweise neuerdings immer mehr praktischen Zielen zuwenden, sollten den Schutz der freilebenden einheimischen Thiere als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen und ihn auch nach dem Ziel hin ausdehnen, daß sie selbst für eine humane Bekämpfung der schädlichen Thiere wirken.

